

# Inwiefern haben die antifaschistischen Konsequenzen in die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft (AfG) Eingang gefunden? ( I )

## Neuordnungsdebatte und progressiver Aufbruch in der Nachkriegszeit

Die progressiven Vorstellungen für eine deutsche Nachkriegsordnung fanden u.a. Ausdruck im Potsdamer Abkommen, wobei auch die Demokratisierung und die Dezentralisierung der Wirtschaftsmacht eine Rolle spielten:

„(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung. [...]

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten. [...] In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“ (*Potsdamer Abkommen der drei Alliierten, 2. August 1945*)

### Als antifaschistische Konsequenz fand das Prinzip der Gemeinwirtschaft auch im Grundgesetz und in verschiedenen Landesverfassungen seinen Ausdruck

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ (*Grundgesetz, Artikel 15, beschlossen im Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949*)

"Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten. [...] Arbeit ist die Quelle des Volkswohlstandes und steht unter dem besonderen Schutz des Staates.“ (*Bayerische Verfassung, Artikel 151 (1) und 166 (1), in Kraft getreten am 8.12.1946*)

"Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen, 2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt. Das Nähere bestimmt das Gesetz. Wer Eigentümer eines danach in Gemeineigentum überführten Betriebes oder mit seiner Leitung betraut ist, hat ihn als Treuhänder des Landes bis zum Erlaß von Ausführungsgesetzen weiterzuführen.“ (*Hessische Verfassung, Artikel 41, in Kraft getreten am 1. Dezember 1946, in einer Volksabstimmung stimmten 76,4 % für die Gesamtverfassung und mit 72 % für diesen Sozialisierungsartikel*)

### Selbst im Ahlener Programm der CDU in NRW fand der Begriff der Gemeinwirtschaft Eingang

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ (*Einleitung des Ahlener Programms der NRW-CDU, 1947*)

### Was ist Gemeinwirtschaft?

„Die Ersetzung (oder zumindest Ergänzung) des erwerbswirtschaftlichen Prinzips durch das gemeinwirtschaftliche Prinzip stand deshalb unmittelbar nach 1945 an der Spitze der wirtschaftspolitischen Agenda der westdeutschen, politischen und moralischen Kräfte. Das Bedarfsdeckungsprinzip sollte die Gewinnmaximierung als oberstes wirtschaftliches Prinzip ablösen. Weiteres konstitutives Element einer zukünftigen Wirtschaftsverfassung sollte die stärkere Mitwirkung aller Produzierenden sein [...] Diese Forderungen wurden in der Neuordnungsdiskussion auf den Begriff gebracht, den der Gemeinwirtschaft.“ (*Harald Mattfeldt: „Eine antikapitalistische Botschaft? Die Gemeinwirtschaft und ihre Akademie“*)

### Zugleich gab es von Anfang an auch die Beharrungskräfte, die den grundlegenden Neuanfang verhindern wollten, wie Franz Neumann bereits 1943 vorhergesehen hatte:

"Gerade wegen ihres bekannten antidemokratischen Programms werden die Parteien der Rechten wahrscheinlich nicht an ihrem alten Namen und an ihren alten Parolen festhalten, sondern als nationale demokratische Parteien auftreten, und ihr Programm wird sich auf das konzentrieren, was in ihrer Vorstellungswelt als Kampf gegen die Bolschewisierung Deutschlands erscheint, als ein Kampf für Deutschlands kulturelle Tradition, für das freie Unternehmertum, für die Austreibung des Politischen aus der Verwaltung, für die Unabhängigkeit der Justiz und für einen auf christlichen Prinzipien gegründeten Staat. Ihr wirkliches Vorhaben ist jedoch, die privilegierte Position der alten herrschenden Gruppen zu erhalten, und deshalb werden sie sich jedem Projekt widersetzen, das ihre Macht über Deutschlands politischen, militärischen und ökonomischen Apparat gefährden könnte.“ (*Franz L. Neumann, zitiert nach: A. Söllner (1982) [Hg.]: Zur Archäologie der Demokratie. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst, Bd. 1, 1943 - 1945, Frankfurt a. M., S. 199*)